

FREIE WÄHLER – für ehrliche Politik!

Vor Ort erzählen Abgeordnete der CDU, CSU und FDP den Bürgern, dass sie gegen eine Liberalisierung des Trinkwassers sind. In Berlin und Brüssel verhalten sie sich aber ganz anders:

- Die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP befürwortete im Ministerrat in Brüssel im Dezember 2012 eine Liberalisierung der Wasserversorgung.
- Ein CSU-Europaabgeordneter am 15. Februar 2013 im Münchner Merkur: „Die Bundesregierung hat keine Möglichkeit mehr, das aufzuhalten.“
- Tatsächlich kann man sehr wohl dagegen vorge-



hen, solange eine EU-Richtlinie nicht verabschiedet ist.

- Ein Antrag der FREIEN WÄHLER auf Berichterstattung über die Folgen der Liberalisierung wurde im Bayerischen Landtag von CSU und FDP abgelehnt. (Drucksache 16/15456)
- Im Bundestag stimmten CDU, CSU und FDP mit großer Mehrheit gegen einen Antrag, der die Privatisierung durch die Hintertür verhindern sollte (Drucksache 17/12394).

FREIE WÄHLER – Politik mit gesundem Menschenverstand

Der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen, nicht die Interessen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb sind die FREIEN WÄHLER gegen die völlige Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Energie, Gesundheitswesen, Bahn, Verkehrsnetze oder Müllentsorgung.

Es hat sich gezeigt, dass nach der Privatisierung dieser Bereiche langfristig die Kosten bzw. Abgaben enorm steigen, während die Qualität sinkt.

Unterstützen Sie uns und werden Sie Mitglied der FREIEN WÄHLER.

Kontakt:
FREIE WÄHLER Bayern e.V.
Landesgeschäftsstelle
Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München
Tel. 0 89 - 52 03 21 61
Fax 0 89 - 52 03 21 62
gstelle@freie-waehler.de

Unterschriftenlisten gegen die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung können Sie unter www.fw-bayern.de downloaden.

Bitte senden Sie die ausgefüllten Listen an oben genannte Adresse.

V.i.S.P.: Heinrich Schmidt

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER



NEIN

zur Liberalisierung der Trinkwasserversorgung!

Die Wasserversorgung muss
in der Hand von Städten und
Gemeinden bleiben!

Fotos: thinkstock.com | fotolia.com

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER

Die EU plant die Liberalisierung unserer Trinkwasserversorgung.
Das muss verhindert werden!

- **Geplante EU-Konzessionsrichtlinie**

Bund, Länder oder Gemeinden müssen demnach zukünftig alle größeren Aufträge europaweit ausschreiben und nach bestimmten Kriterien vergeben. **Betroffen davon sind auch lebenswichtige Bereiche, wie die Trinkwasserversorgung.**



- **Keine Verschlechterung der Versorgung**

Bei einer Privatisierung der Wasserversorgung wittern internationale Konzerne das große Geschäft. Der Wasserpreis wird erhöht, die Managergehälter steigen, am Leitungsnetz wird gespart, die Wasserqualität sinkt.

- **Wasserversorgung ist kommunale Aufgabe**

Die Wasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und muss in kommunaler Verantwortung bleiben, ohne Bevormundung durch die Europäische Union!

Welche Folgen drohen bei einer Liberalisierung der Wasserversorgung?

In vielen Ländern, z.B. in Großbritannien, und auch in deutschen Städten, wie Berlin und Potsdam, hat die Privatisierung des Wassers zu Verschlechterungen geführt:

- Steigende Wasserpreise für Bürger
- Große Gewinne der Konzerne
- Mangelnde Versorgungssicherheit



Soweit darf
es nicht kommen!

Was ist jetzt zu tun?

Noch ist die Konzessionsrichtlinie nicht beschlossen. Bis zum Sommer verhandeln die EU-Gremien hinter verschlossenen Türen darüber. Frühestens im September hat dann das Europäische Parlament das letzte Wort.

Wir fordern die Bundesregierung und die deutschen Europaparlamentarier auf,

sich für eine vollständige Herausnahme des Wasserbereichs aus der Konzessionsrichtlinie einzusetzen und ansonsten ihre Zustimmung zu verweigern.

Wir wollen, dass die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt!

Unterstützen Sie uns dabei
mit Ihrer Unterschrift!



Politik für die Menschen

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER

Unterstützen Sie die Aktion der
FREIEN WÄHLER